

IGOR BURDYGA

# AUF KOLLISIONSKURS ZUR GESELLSCHAFTLICHEN MEHRHEIT

DER ANGESTREBTE NATO-BEITRITT GEFÄHRDET DIE INNENPOLITISCHE  
STABILITÄT DER UKRAINE UND DIE SICHERHEIT IN GANZ EUROPA

Die Frage der NATO-Mitgliedschaft als Teil der grundsätzlichen geopolitischen Entscheidung zwischen Russland und dem Westen war in den 25 Jahren der Unabhängigkeit durchweg ein umstrittenes Thema, das die ukrainische Gesellschaft spaltete. Da es keinen gesellschaftlichen Konsens gab, konnten die Politiker nach Belieben auf einen Beitritt zur Allianz hinsteuern oder für den blockfreien Status votieren.

Der Sieg des Euromaidans im Jahr 2014 brachte letztendlich zum Ausdruck, dass die ukrainische Gesellschaft mehrheitlich nach Europa strebt. Vor dem Hintergrund der darauffolgenden Besetzung der Krim durch Russland und des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine präsentieren die «Pro-Maidan»-PolitikerInnen die NATO-Mitgliedschaft als einzige Garantie für den Erhalt der nationalen Sicherheit und die Wiederherstellung der territorialen Integrität.

Allerdings birgt ein NATO-Beitritt – und auch schon der aktive Integrationsprozess – ernst zu nehmende Risiken für die Ukraine: von der zunehmend militaristischen Stimmung im Land bis hin zum offenen Konflikt zwischen AnhängerInnen und GegnerInnen des Beitritts oder einer Eskalation des bewaffneten Konflikts im Donbass.

## BIS 2014: FREUNDSCHAFT MIT HOFFNUNG AUF MEHR

Kaum jemand kann sich heute noch daran erinnern, aber ihren ersten Antrag auf eine Mitgliedschaft in der NATO stellte die Ukraine bereits 1954. Damals, in den Anfangsjahren des Kalten Krieges, wollte die UdSSR der Allianz als gesamteuropäischer Sicherheitsorganisation beitreten, um deren antisowjetische Ausrichtung zu verändern. Gemeinsam mit der UdSSR beantragten im März 1954 auch die Ukrainische SSR und die Weißrussische SSR, die damals als formal souveräne Republiken bereits der UNO angehörten, eine Aufnahme in die NATO.

Die USA, Frankreich und Großbritannien lehnten diese Anträge jedoch ab, woraufhin die Sowjetunion ihre eigene Organisation für kollektive Sicherheit gründete – den Block der Staaten des Warschauer Paktes. So entstand das System der bipolaren Welt zu Zeiten des Kalten Krieges, das fast 40 Jahre lang Bestand hatte.

Schon anderthalb Jahre nach der ukrainischen Unabhängigkeit erfolgte die Aufnahme von offiziellen Beziehungen zur NATO. Im März 1992 wurde die junge Republik auf Initiative ihres ersten Präsidenten Leonid Krawtschuk Mitglied des Nordatlantischen Kooperationsrates (NAKR, heute Euro-Atlantischer Partnerschaftsrat), einer Struktur der Allianz, die sich um die Entwicklung der Partnerschaft mit anderen Ländern kümmert. Dieser Schritt widersprach der in der Erklä-

rung über die staatliche Souveränität verankerten «Absicht, künftig ein dauerhaft neutraler Staat zu sein, der an keiner militärischen Blockbildung beteiligt ist».<sup>1</sup>

Allerdings verabschiedete das ukrainische Parlament bereits im Juli 1993 die Resolution «Über die Leitlinien der Außenpolitik der Ukraine», in der klargestellt wurde, dass «diese Absicht an die neuen Umstände angepasst werden muss und kein Hindernis für die vollumfängliche Beteiligung an einer gesamteuropäischen Sicherheitsstruktur darstellen darf».<sup>2</sup> Zu erwähnen ist dabei, dass die NATO-Mitgliedschaft in diesem Dokument nicht als endgültiges Ziel der Ukraine angesehen wird, sondern als mögliche Grundlage für eine neue gesamteuropäische Organisation.

Der zweite Präsident der Ukraine, Leonid Kutschma, setzte den Annäherungsprozess mit der NATO mit noch mehr Begeisterung fort. Im Februar 1994 schloss sich die Ukraine als erster postsowjetischer Staat der «Partnerschaft für den Frieden» an, einem neu gegründeten Programm für die Zusammenarbeit der NATO mit europäischen Staaten und den ehemaligen Sowjetrepubliken. Dieses Übereinkommen sah nicht nur militärisch-politische Beratungen und Verhandlungen vor, sondern auch gemeinsame Übungen und eine mögliche Beteiligung an gemeinsamen Friedensmissionen.

1994 nahmen ukrainische Soldaten an den ersten NATO-Übungen im Ausland teil und ab 1995 fanden solche Übun-

gen dann auch in der Ukraine statt. 1996 schickte die Regierung im Rahmen der ersten gemeinsamen Friedensmission mit der NATO Soldaten nach Bosnien-Herzegowina. Innerhalb von drei Jahren verlor das ukrainische Kontingent zwei Personen.<sup>3</sup>

Mitte der 1990er Jahre entstand eine geopolitische Lage, die bis heute aktuell ist: Die westlichen Nachbarn verkünden Pläne für einen NATO-Beitritt, während sich Russland und Weißrussland gegen die Osterweiterung der Allianz stellen. Die Ukraine verzichtet auf Atomwaffen und erhält dafür im Rahmen des Budapester Memorandums Sicherheitsgarantien von Russland, den USA und Großbritannien. Parallel dazu wird die Zusammenarbeit mit der NATO auch außerhalb der «Partnerschaft für den Frieden» vertieft.

Im Juli 1997 unterzeichnete Leonid Kutschma mit den Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten die Charta über eine ausgeprägte Partnerschaft (Charta on a Distinctive Partnership between the NATO and Ukraine). Sie wurde zum zentralen politischen Dokument für die Regelung der Beziehungen zwischen der Ukraine und der NATO. Auf ihrer Grundlage wurden die NATO-Ukraine-Kommission und die Mission der Ukraine bei der NATO eingerichtet.

Allerdings wurde diese Politik Leonid Kutschmas bei Weitem nicht immer vom ukrainischen Parlament mitgetragen, wo die Positionen der Kommunisten und Sozialisten, die die Allianz in der Regel mit einem sowjetisch geprägten Blick betrachten, weiterhin stark blieben. Als Höhepunkt der Abkehr von der Linie des Präsidenten galt die Erklärung der Werchowna Rada (das ukrainische Parlament), die im März 1999 nach dem Beginn des NATO-Einsatzes in Rest-Jugoslawien verabschiedet wurde. Darin wird das Vorgehen der Allianz als «Angriff auf einen souveränen Staat» bewertet.<sup>4</sup> Einen Monat später verabschiedete das Parlament eine Resolution, in der es heißt, die Allianz sei ein «aggressiver militärischer Block, dessen Führung sich das Recht herausnimmt, einen beliebigen souveränen Staat zu verurteilen und zu bestrafen, ohne dabei die Satzung der UNO oder die Normen des internationalen Rechts und der Moral zu achten».<sup>5</sup>

In dieser Resolution beklagte sich das Parlament darüber, dass es bei der Bestimmung der Position der Ukraine in den Beziehungen zur NATO faktisch außen vor gelassen wurde, und verlangte vom Präsidenten, sich mit dem Parlament abzustimmen. Dies hinderte Leonid Kutschma freilich nicht daran, im Juli 1999 ein ukrainisches Kontingent in den Kosovo zu entsenden, zur Teilnahme an der friedensstiftenden Operation der NATO, die bis heute andauert.

Die zunehmend autoritären Tendenzen in der Politik Kutschmas zu Beginn des neuen Jahrtausends waren kein Hindernis für die weitere Annäherung an die NATO: Die Ukraine beteiligte sich am Antiterrorereinsatz in Afghanistan und danach an der Besetzung des Iraks.

Im Mai 2002 verkündete Kutschma erstmals offiziell die Absicht, die Ukraine wolle Vollmitglied der Allianz werden, was auch im Parlament teilweise auf Zustimmung stieß. Am Vorabend der Präsidentschaftswahlen 2004 strich der Präsident jedoch unerwartet den Punkt über den angestrebten NATO-Beitritt aus der Militärdoktrin und brachte damit seine Unterstützung für den eher prorussischen Kandidaten Wiktor Janukowitsch zum Ausdruck.

Nach der Orangen Revolution im Jahr 2004 schlug der neue Präsident Wiktor Juschtschenko einen prowestlichen Kurs ein. Er nahm den Punkt über den NATO-Beitritt wieder in die Militärdoktrin auf und bezeichnete ihn als eines der

strategischen Ziele des ukrainischen Staates, ebenso wie eine Vollmitgliedschaft in der EU.

Unter der Regierung Juschtschenko unternahm die Ukraine eine ganze Reihe politischer und praktischer Schritte, um sich dem sogenannten Aktionsplan für die Mitgliedschaft (MAP) anzuschließen. Anfang 2008 begrüßte der Gipfel der NATO-Staatschefs in Bukarest zwar die Absicht der Ukraine, stimmte dem Antrag aber aus formellen Gründen nicht zu.

Wiktor Janukowitsch, der 2010 vor allem dank der überwiegend prorussischen Wählerschaft im Südosten der Ukraine zum Präsidenten gewählt wurde, behielt den außenpolitischen Kurs der Annäherung an die Europäische Union offiziell bei. In Bezug auf die Sicherheitsfragen verkündete er hingegen eine Rückkehr zum blockfreien Status.<sup>6</sup> Viele Strukturen, die der Vorbereitung für den NATO-Beitritt der Ukraine dienten, wurden wieder aufgelöst. Zugleich wurde eine Vereinbarung über die Verlängerung der Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol unterzeichnet.

Diese Schritte bedeuteten keinen vollständigen Abbruch der Kooperation zwischen der Ukraine und der NATO. Wie zuvor führten beide Seiten gemeinsame Militärübungen durch, das ukrainische Kontingent beteiligte sich weiterhin an den NATO-Friedensmissionen im Kosovo und in Afghanistan und schloss sich 2013 der Operation Ocean Shield zur Bekämpfung der Piraterie an.

Doch der autoritäre Führungsstil Janukowitschs, die Verfolgung der Opposition und die zunehmende Korruption riefen in der Gesellschaft Unzufriedenheit hervor. Als die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU im November 2013 scheiterte, wurde dies als Verrat am außenpolitischen Kurs aufgefasst und zog Massenproteste in der Hauptstadt nach sich. Die Eskalation der Proteste in den darauffolgenden Monaten forderte zahlreiche Opfer und bewegte Janukowitsch zur Flucht aus dem Land.

## **ÖFFENTLICHE MEINUNG UND KRITIK AN EINER NATO-MITGLIEDSCHAFT**

Mehrmals im Jahr führen Meinungsforschungsinstitute Befragungen zur öffentlichen Meinung über eine Mitgliedschaft in der NATO und in der EU durch, die hinsichtlich Kompetenz und Objektivität deutliche Unterschiede aufweisen.

Schon eine oberflächliche Analyse zeigt jedoch eines: Während der gesamten Zeit der Unabhängigkeit korrelierten die Meinung der Bevölkerung über die NATO und die Beitrittsperspektiven nur in geringem Maße mit den konkreten außenpolitischen Entscheidungen.

Laut Angaben des Instituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften der Ukraine befürworteten in den 1990er Jahren, als die ersten aktiven Schritte in Richtung einer Annäherung an die Allianz unternommen wurden, nur 20 Prozent der UkrainerInnen eine Mitgliedschaft in der NATO, während die Mehrheit der Bevölkerung gegen ein solches Bündnis war. Dies war zu einem großen Teil durch das prägnante Bild der NATO als eines Feindes und Angreifers bedingt, das sich noch zu Sowjetzeiten verfestigt hatte. Links-konservative Parteien wie Kompartija Ukrainy oder die Progressive Sozialistische Partei der Ukraine (PSPU), die die Nostalgie für die UdSSR und die Ideen ihrer Wiederbelebung im Rahmen einer «Union der slawischen Völker» für sich nutzten, sorgten dafür, dass dieses Bild im Bewusstsein der UkrainerInnen aktiv verstärkt wurde. So veranstaltete die Parteiführerin der PSPU, Natalja Witrenko, immer wieder

lautstarke Protestaktionen gegen die gemeinsamen Militärübungen mit der NATO. Auf der Krim engagierten sich die prorussischen Kräfte gegen eine Annäherung an die NATO. Und selbst unter den ukrainischen NationalistInnen, die in der Regel jeden beliebigen Feind der UdSSR als Verbündeten ansehen, befanden sich radikale Kräfte wie die UNASO – eine militaristische Organisation ukrainischer NationalistInnen, deren Mitglieder in Abchasien, Transnistrien und Tschetschenien kämpften und die 2014 eine der tragenden Säulen des Rechten Sektors wurde –, die die NATO als Instrument der US-amerikanischen Kolonialpolitik ansahen.

Allerdings bewirkten die Informationen über die Tätigkeit der Allianz, die im Zuge des Integrationsprozesses veröffentlicht wurden, gewisse Veränderungen in der gesellschaftlichen Wahrnehmung. So sahen laut Angaben der Stiftung «Demokratische Initiative» im Januar 1997 nur 17,3 Prozent der BürgerInnen der Ukraine die NATO als «aggressiven Block» an.<sup>7</sup>

Drei bis vier Jahre später hatte sich dieser Anteil jedoch wieder erhöht, und zwar auf 48 Prozent im Jahr 2001, wie aus Daten des Ukrainischen Zentrums für wirtschaftliche und politische Analysen hervorgeht. Der Militäreinsatz auf dem Balkan hatte einen extrem negativen Einfluss auf die Haltung der UkrainerInnen zur NATO: Die Mehrheit der BürgerInnen der Ukraine (56,6 Prozent) war der Ansicht, die Allianz hätte kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einzumischen, auch nicht mit dem Ziel der Lösung humanitärer Probleme.<sup>8</sup>

Diese Tendenz verstärkte sich durch die anschließenden NATO-Einsätze in Afghanistan und im Irak. Der Anteil der BefürworterInnen eines NATO-Beitritts schwankte zwischen 20 und 25 Prozent, während der Anteil der GegnerInnen nie weniger als 50 Prozent ausmachten.

Dass Wiktor Juschtschenko diese Tendenzen ignorierte, spielte seinen Gegnern – Wiktor Janukowitsch und der Partei der Regionen, die zuerst das verpflichtende Referendum über einen NATO-Beitritt durchsetzten und dann die Anti-NATO-Haltung zu einem zentralen Wahlkampfthema machten – in die Hände. Mit seinem Wahlsieg hatte Janukowitsch die Berechtigung für die Rückkehr zum blockfreien Status erhalten, was de facto einen Ausbau der militärischen Kooperation mit Russland bedeutete.

In der dreijährigen Regierungszeit von Wiktor Janukowitsch, die von wachsender Korruption und einem zunehmend autoritären Führungsstil charakterisiert war, sank das Vertrauen in seine Politik erheblich. Die gescheiterte Integration in die EU führte auch dazu, dass die Beziehungen zur NATO von vielen aus einem neuen Blickwinkel betrachtet wurden: Zu Beginn des Euromaidans im November 2013 fiel der Anteil der strikten BeitrittsgegnerInnen auf nur 25 Prozent.<sup>9</sup>

### **INTEGRATION WÄHREND DES KRIEGES: HOFFNUNGEN UND RISIKEN**

Am 21. November 2013, nach der gescheiterten Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU, erklärte der russische Präsident Wladimir Putin, er habe nichts gegen eine Integration der Ukraine in die EU, doch eine NATO-Beitrittsperspektive werde er als Bedrohung ansehen. «Das Näherrücken der Infrastruktur des Militärblocks an unsere Grenzen stellt für uns eine konkrete Gefahr dar.»<sup>10</sup>

Möglicherweise war diese Botschaft als Warnung an die wachsende Protestbewegung in Kiew gemeint. Doch deren

politische Anführer – Vitalij Klitschko, Arsenij Jazenjuk und Oleg Tjagnibok – machten aus ihren Plänen, nach einem Sieg die Kooperation mit der Allianz wieder aufzunehmen, keinen Hehl.

Die Besetzung der Krim durch Russland und das Anheizen des Konflikts im Osten des Landes stellten die Ukraine im Frühjahr 2014 vor die Notwendigkeit, nach neuen Bündnispartnern zu suchen. Vor dem Hintergrund der sehr vorsichtigen Appelle der EU an eine friedliche Beilegung des Konflikts klang die Kritik der Allianz an den aggressiven Handlungen Russlands in jenen Tagen besonders scharf. Diese Haltung weckte bei den ukrainischen PolitikerInnen die Hoffnung, die NATO könnte ihnen im bewaffneten Konflikt Unterstützung bieten.

Anfang September 2014, eine Woche nach der blutigen Schlacht um Ilowajsk, wurde auf dem NATO-Gipfel in Wales verkündet, die Ukraine werde nun mit direkter Unterstützung der USA den Weg einer aktiven Annäherung an die Allianz einschlagen. Die Parlamentswahlen, die zwei Monate später in der Ukraine stattfanden, ermöglichten eine stabile Mehrheit der NATO-BefürworterInnen in der Werchowyna Rada. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich auch die öffentliche Meinung wesentlich verändert: Laut Befragungen, die von der Meinungsforschungsagentur «Rating» im November 2014 durchgeführt wurden, waren 51 Prozent der Befragten für einen NATO-Beitritt und nur 25 Prozent dagegen.<sup>11</sup>

Im Dezember 2014 unterstützte das ukrainische Parlament einen Gesetzentwurf des Präsidenten zur Aufhebung des blockfreien Status. Darin wird die Absicht hervorgehoben, die Ukraine wolle «eine aktive internationale Politik zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Organisation des Nordatlantikvertrags mit dem Ziel der Erfüllung der für einen Beitritt zu dieser Organisation notwendigen Kriterien» verfolgen.<sup>12</sup>

Die Ukraine plant, diese Kriterien bis zum Jahr 2020 erfüllt zu haben. Dafür ist nicht nur die technische und personelle Anpassung des Militärs an NATO-Standards erforderlich, sondern auch eine umfassende Reform des gesamten Systems der nationalen Verteidigung. Die Allianz unterstützt die Ukraine bei der Durchführung dieser Reformen. In den letzten zwei Jahren wurde zum Beispiel das System der sogenannten Trust-Fonds aufgebaut. Deren Mittel fließen in neue Kommunikationssysteme zur besseren Führung der Truppen, in die Umschulung und Weiterbildung der im Osten verwundeten SoldatInnen, in die Behandlung der verwundeten SoldatInnen und ihre psychische Genesung, in die Reform der Logistik beim Militär und in den Ausbau der Cybersicherheit.

Allerdings kann eine solche Beihilfe keinesfalls alle Ausgaben für die Reformierung des Militärapparats abdecken. Die Hauptquelle für die Finanzierung bleibt der Staatshaushalt, womit die Reformen auf den Schultern der einfachen BürgerInnen lasten. Schon das zweite Jahr in Folge hat die Regierung in ihrem Haushalt die Ausgaben für die nationale Sicherheit und Verteidigung mit fünf Prozent des BIP veranschlagt, was über dem für NATO-Mitgliedstaaten empfohlenen Anteil von zwei Prozent liegt.

Natürlich werden diese Gelder umverteilt, indem weitere Kürzungen bei den Sozialausgaben, also bei der medizinischen Versorgung, Bildung und Infrastruktur, vorgenommen werden. Vor dem Hintergrund der steigenden Energiepreise, der Kürzung der Sozialhilfe und der wachsenden Arbeitslosigkeit kann eine solche Politik dazu führen, dass die Bevölkerung in kurzer Zeit verarmt und die sozialen Spannungen zunehmen.

Dass die Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts im Donbass in eine Sackgasse geraten sind, ist für eine solche Politik ein geeigneter Vorwand, denn angesichts der anhaltenden Kämpfe kann jeder, der die Erhöhung der Rüstungsausgaben kritisiert, leicht des Landesverrats oder gar der Arbeit für den Feind beschuldigt werden.

Zugleich gibt es auch innerhalb der NATO keinen Konsens hinsichtlich des Beitritts der Ukraine. In den letzten zwei Jahren haben es die offiziellen VertreterInnen der Allianz trotz der historisch einmaligen Dimension der Zusammenarbeit vorgezogen, nicht über die Perspektiven einer Vollmitgliedschaft zu sprechen.

Einer der Hauptgründe ist auch hier der weiter schwelende Konflikt mit dem nördlichen Nachbarn. In der Analyse der NATO zur Frage der Osterweiterung aus dem Jahr 1995 heißt es, dass ungelöste Konflikte oder Gebietsstreitigkeiten eine Mitgliedschaft in der Allianz behindern können. Besonders, wenn es sich dabei um einen Streit mit Russland handelt.

In der NATO, vor allem in den europäischen Mitgliedstaaten, hat man letztlich verstanden, dass Moskau das Heranrücken ihrer Strukturen an seine westliche Grenze als direkte Bedrohung ansieht. Im Jahr 2016 hat der Kreml begonnen, seine Truppen im Westen zu verstärken und an der Grenze zur Ukraine eine neue Armee aufzustellen.<sup>13</sup> Angesichts der angespannten internationalen Lage kann ein Beitritt der Ukraine zum Nordatlantischen Bündnis und die Einrichtung von NATO-Militärbasen auf ihrem Staatsgebiet katastrophale Folgen haben. Diese können von einer direkten Intervention Russlands und der Besetzung eines Großteils des ukrainischen Staatsgebiets bis hin zum Ausbruch eines europäischen Krieges reichen.

Offensichtlich aus Angst vor einem solchen Szenario und in dem Bestreben, dennoch weiter die Reformen zu unterstützen, schlug die NATO der Ukraine einen Kompromiss vor: eine Partnerschaft mit erweiterten Möglichkeiten (Enhanced Opportunities Programme).<sup>14</sup> Die Möglichkeit einer Vollmitgliedschaft wird dabei nicht gänzlich ausgeschlossen, doch wendet die NATO gegen die Ukraine einen Trick an: Sie schlägt vor, die Frage der Mitgliedschaft per Referendum zu entscheiden.

## GIBT ES IN DER FRAGE DES NATO-BEITRITTS DER UKRAINE EINEN KONSENS IN DER GESELLSCHAFT?

Im Juli dieses Jahres erklärte die Stiftung «Demokratische Initiative» kurz vor dem NATO-Gipfel in Warschau mit Verweis auf eine Studie, 78 Prozent der UkrainerInnen seien für einen NATO-Beitritt. Diese Meldung, die in den Medien massenweise verbreitet wurde, wirkt jedoch manipulativ: Hinter dem hohen Wert verbirgt sich nicht eine tatsächliche Unterstützung, sondern das Ergebnis eines hypothetischen Referendums, an dem sich 58 Prozent beteiligt hätten.<sup>15</sup>

Laut Angaben der Meinungsforschungsgruppe «Rating» hätten im Juni 2016 rund 39 Prozent der Befragten für einen Beitritt zur Allianz gestimmt, 32 Prozent dagegen und knapp 29 Prozent waren sich nicht sicher oder wären ohnehin nicht zur Abstimmung gegangen.<sup>16</sup> Ein Grund für das deutlich gesunkene Vertrauen im Vergleich zum Herbst 2014 ist wohl, dass die Annäherung an die NATO nicht das erwünschte Ergebnis gebracht hat, in erster Linie nämlich die Lösung des Konflikts im Osten.

Die Umfrage zeigt auch, dass die Ukraine in der Frage der NATO-Mitgliedschaft nun wieder die alte regionale Spaltung

aufweist. So befürworten in der Westukraine 60 Prozent der Befragten den Beitritt, im Zentrum 44 Prozent, im Süden 32 Prozent und im Osten nur 14 Prozent, während sich dort die Hälfte der Befragten gegen einen Beitritt ausspricht.

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen: Wenn die MachthaberInnen solche Tendenzen ignorieren, wird der Riss in der Gesellschaft noch tiefer werden. Im Kontext der angespannten innenpolitischen Lage kann die Frage der NATO-Mitgliedschaft von den antidemokratischen und revanchistischen Kräften wieder einmal als Mittel für die Durchsetzung ihrer Interessen genutzt werden. Und die Meinungsunterschiede zwischen den Regionen dienen als Vorwand für separatistische Tendenzen.

In der jetzigen Situation sollte die Ukraine auf die Rolle des Spielballs im neuen Kalten Krieg verzichten, den Russland und die westlichen Staaten derzeit entfachen. Die Unzulänglichkeit dieser Wahl verdeutlicht die Sackgasse, in die die Verhandlungen über einen anhaltenden Frieden in der Ostukraine geraten sind. Umso wichtiger wäre es, dass die demokratischen Akteure in der Ukraine, unterstützt von der Europäischen Union, nach einer friedlichen Lösung des Konfliktes suchen.

Es braucht neue Garantien und Ansätze, welche nicht auf Aggression und Militärintervention gestützt sind, sondern ihr Fundament in humanistischen Prinzipien haben, um Frieden und Sicherheit in Europa dauerhaft zu gewährleisten.

Igor Burdyga ist Journalist bei der Deutschen Welle und beim ukrainischen Portal für Medienbeobachtung «Telekritika»; seine Schwerpunkte sind der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine, Menschenrechte, soziale Probleme und Medien.

1 Erklärung über die staatliche Souveränität der Ukraine, 16.7.1990, unter: <http://zakon1.rada.gov.ua/laws/show/55-12>. 2 Про Основные направления внешней политики Украины, Erklärung der Werchowyna Rada der Ukraine vom 2.7.1993, unter: <http://zakon1.rada.gov.ua/laws/show/3360-12>. 3 Eine Auflistung der Friedensmissionen der Ukraine (auf Russisch) findet sich unter: [https://ru.wikipedia.org/wiki/Список\\_мировотворческих\\_миссий\\_Украины](https://ru.wikipedia.org/wiki/Список_мировотворческих_миссий_Украины). 4 Заява Верховної Ради України щодо агресивних дій НАТО проти Союзної Республіки Югославії, 24.3.1999; Постанова Верховної Ради «Про ситуацію, що склалася у зв'язку з агресивними діями НАТО проти Союзної Республіки Югославії, 24.3.1999, unter: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/546-14>. 5 Erklärung der Werchowyna Rada der Ukraine über den Beitritt der Ukraine zur Organisation des Nordatlantikertrags (NATO), 23.4.1999, unter: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/612-14>. 6 Про засади внутрішньої і зовнішньої політики, Ukrainisches Gesetz vom 1.7.2010, unter: <http://zakon2.rada.gov.ua/laws/show/2411-17>. 7 Paschkow, Michail/Poljakow, Leonid: УКРАИНА – ЕВРОПА: ПОИСК ОБЩЕГО ОТВЕТА НА НОВЫЕ УГРОЗЫ, unter: [http://gazeta.zn.ua/POLITICS/ukraina\\_evropa\\_poisk\\_obschego\\_otveta\\_na\\_novye\\_ugrozy.html](http://gazeta.zn.ua/POLITICS/ukraina_evropa_poisk_obschego_otveta_na_novye_ugrozy.html). 8 Poljakow, Leonid/Paschkow, Michail: Україна – НАТО: Тепло... ще тепліше // Дзеркало тижня, Nr. 17, 11.–17.5.2002. 9 Україна – НАТО: в пошуках нового формату, unter: <http://npublic.info/analitika/ukraina-nato-v-poiskah-novogo-formata/>. 10 Путин не против евроассоциации Украины, но не хочет ее вступления в НАТО, 21.11.2013, unter: [http://lb.ua/news/2013/11/21/242274\\_putin\\_protiv\\_evroassotsiatsii.html](http://lb.ua/news/2013/11/21/242274_putin_protiv_evroassotsiatsii.html). 11 Усе більше українців хочуть в НАТО та ЄС – опитування, unter: <http://pravda.com.ua/news/2014/11/20/704485/>. 12 Про внесення змін до деяких законів України щодо відмови України від здійснення політики позаблоковості, Ukrainisches Gesetz vom 23.12.2014, unter: <http://zakon1.rada.gov.ua/laws/show/35-19>. 13 Россия формирует новую армию на границе с Украиной, in: Ведомости, 15.9.2016, unter: [www.vedomosti.ru/politics/articles/2016/09/15/657007-rossiya-armiyu-ukrainoi](http://www.vedomosti.ru/politics/articles/2016/09/15/657007-rossiya-armiyu-ukrainoi). 14 Poroschenko: Україна домовилася про рух до нового статусу в стосунках з НАТО, 9.7.2016, unter: <http://euointegration.com.ua/news/2016/07/9/7051887/>. 15 Громадська думка про НАТО: новий погляд, unter: <http://dif.org.ua/article/gromadska-dumka-pro-nato-noviy-poglyad>. 16 В Україні вросло число противників НАТО, unter: <http://korrespondent.net/ukraine/3713941-v-ukrayne-vyroshlo-choylo-protivnykov-nato>.

## IMPRESSUM

STANDPUNKTE 30/2016

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung  
V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · [www.rosalux.de](http://www.rosalux.de)

ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)

Redaktionsschluss: November 2016

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling